



Nie wieder – das gilt für Alle und überall!

Über die Notwendigkeit der Solidarität mit Palästina

Bei lebendigem Leib verbrennende Kinder, weinende und unter Lebensgefahr nach Essen suchende Mütter und Väter. Eine in Schutt und Asche gelegte Infrastruktur, zerstörte Krankenhäuser. Ein zügiger Wiederaufbau ist unmöglich. All diese Bilder können wir trotz der sturen Propaganda und der Vertuschungsversuche deutscher Medien und Politiker sehen. Deutschland macht sich mitschuldig, Tag für Tag, Stunde für Stunde – seit mehr als 600 Tagen.

Der 7. Oktober 2023 bot den Anlass, das Jahrzehnte alte Projekt des Zionismus umzusetzen. Das Ziel ist die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung. Begründet mit Selbstverteidigung!!!

Schon David Ben Gurion forderte Jahre vor der Verabschiedung des UN-Teilungsplans offen den „Transfer“ der palästinensischen Bevölkerung. Seit der Staatsgründung 1948 förderten alle israelischen Regierungen den jüdischen Siedlungsbau, die Entrechtung und Enteignung der Palästinenser und führten Krieg. Und das immer mit Unterstützung der USA und Deutschlands. Und das gegen den Teilungsplan der UNO vom 29. Nov. 1947.

275 Tonnen Sprengstoff pro Quadratkilometer hat die israelische Armee seit Okt. 2023 auf Gaza abgeworfen. In Vietnam waren es 15 Tonnen in 19 Jahren.

Deutschland hat seither „Rüstungsgüter“ im Wert von 485.103.796 Euro nach Israel exportiert. Deutschland ist somit zweitgrößter Waffenlieferant Israels.

Deutschland ist vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Beihilfe zum Völkermord angeklagt.

Deutschland macht sich weiterhin mit dem Gefasel von „uneingeschränkter Solidarität“, dem „Recht auf Selbstverteidigung“ und von „Staatsräson“ zum Mittäter. „Staatsräson“ ist nicht einmal ein juristischer Begriff.

Trotzdem werden Palästina-solidarische Demonstranten von der Polizei niedergeknüppelt. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes ist erheblich eingeschränkt. Jede Kritik an Israel wird als „antisemitisch“ inkriminiert.

Inzwischen sprechen sich aber 75% der Bevölkerung für einen Stopp der Waffenlieferungen aus. (aktuelle Forsa Erhebung)

Trotz immer lauter werdender internationaler Kritik verstärkt Israel seine Militäraktionen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung.

Jeder ahnt dass der Vernichtungskrieg noch viel größere Dimensionen annehmen wird. Eine angemessene Reaktion der Bundesregierung bleibt jedoch aus.

Wir fordern:

- Stopp der Rüstungsexporte**
- Stopp dem Einsatz von Hunger als Waffe**
- Stopp der Kriminalisierung der Protestbewegung**
- Ende des vor aller Augen verübten Völkermords**